

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: 14. Oktober 2020, 00:01 Uhr Santiago de Chile

Chile: Menschenrechtsverletzungen der Polizei müssen strafrechtlich verfolgt werden

Die chilenische Generalstaatsanwaltschaft muss sicherstellen, dass gegen eine Reihe von Personen in Leitungsfunktionen der nationalen Polizei, den *Carabineros de Chile* – der Polizeipräsident, der stellvertretende Polizeipräsident und der Leiter des Bereichs Öffentliche Ordnung und Sicherheit ebenso wie gegen gewisse Einsatzleiter_innen innerhalb des Großraums Santiago – strafrechtliche Ermittlungen zu ihrer möglichen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen während der Demonstrationen im vergangenen Jahr eingeleitet werden. Das fordert Amnesty International in einem neuen Bericht zum ersten Jahrestag der Massenproteste.

In dem Bericht [**All Eyes on Chile: Police violence and command responsibility during the social protests**](#) analysiert die Organisation das Vorgehen von Beamt_innen der Nationalpolizei zwischen dem 18. Oktober und 30. November 2019 und kommt zu dem Schluss, dass dabei auf breiter Ebene schwere Menschenrechtsverletzungen, wie die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit der Demonstrierenden, begangen wurden, weil die Verantwortlichen in Führungspositionen nicht alle notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, um diese zu verhindern.

Der Zeitraum wurde methodisch ausgewählt. Fälle von exzessiver Gewaltanwendung durch die Polizei wurden bis Mitte März 2020 gemeldet. Dann fanden aufgrund der Corona-Pandemie keine Demonstrationen mehr statt. Vor kurzem wurden nach einer Reihe von Demonstrationen in Santiago neue Vorfälle von Polizeigewalt verzeichnet, so der Fall eines 16-Jährigen, der von einer Brücke stürzte, nachdem er von einem Polizeibeamten gestoßen worden war. Der Beamte wird nun des versuchten Mordes angeklagt.

„Die strategische Einsatzleitung der Nationalpolizei ließ Folter und andere Misshandlungen an Demonstrierenden zu, da sie diese als notwendiges Übel betrachtete, um die Menschenmenge auseinanderzutreiben. Durch unterschwellige Befehle oder absichtliche Unterlassungen leisteten sie Fällen von der Schwere von Gustavo Catica oder Fabiola Campillai Vorschub“, sagt Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Region Amerikas bei Amnesty International.

„Die Serie von Unterlassungen, die Amnesty International entlang der institutionellen Kanäle festgestellt hat, in der die strategische Einsatzleitung der Polizei die Menschenrechtsverletzungen hätte beenden können, zeigt, dass dies bei Weitem keine von Polizeibeamt_innen in Eigeninitiative begangene Einzelfälle waren, sondern dass diese Gewalttaten wahrscheinlich verübt wurden, weil es das wichtigste Ziel der Polizei war, die Proteste zu unterbinden.“

Die exzessive Gewaltanwendung, das missbräuchliche Verhalten und die Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen, die durch die Nationalpolizei begangen werden, tauchen nicht erst seit den Ereignissen im Oktober 2019 auf, sondern sind Teil eines andauernden und historischen Musters, das die Notwendigkeit einer gründlichen strukturellen Reform der chilenischen Polizei, einschließlich effizienter und unabhängiger Stellen für die Kontrolle und Rechenschaftslegung, veranschaulicht.

Strategische und administrative Leitung

Amnesty International führte mit Hilfe von Ermittlungsakten, Gerichtsakten sowie Interviews mit Betroffenen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Behörden, darunter für die Ermittlungen zuständige Staatsanwält_innen, eingehende Untersuchungen zu den Verstößen gegen das Recht auf Leben und die körperliche Unversehrtheit durch. Zusätzlich analysierte die Organisation mehr als 200 Videos-Clips und stellte 14 formelle Anfragen an mehrere Ministerien, darunter an das Innenministerium.

Der Bericht zeigt, dass es Grund zu der Annahme gibt, dass zumindest der Polizeipräsident, der stellvertretende Polizeipräsident und die Leitung des Bereichs Öffentliche Ordnung und Sicherheit der Nationalpolizei durch öffentliche und offizielle Informationen von den Menschenrechtsverletzungen gewusst haben.

Während der von Amnesty International untersuchten Zeitspanne wurden nahezu keine disziplinarischen Sanktionen verhängt, obwohl im Büro der Staatsanwaltschaft mehr als 4.000 Anzeigen über Verstöße der Nationalpolizei eingingen. Bei nur 16 der 170 Sanktionen, die im Juli 2020 durch die Polizei angekündigt wurden, handelte es sich um eine Amtsenthebung. In zwei der Fälle, in denen eine solche administrative Strafmaßnahme verhängt wurde – bei den Ereignissen um Fabiola Campillai und Gustavo Gatica, die infolge von Schüssen erblindeten –, wurde das Verhalten der Polizist_innen zwar bestraft, aber nicht wegen der Gewaltanwendung an sich. In anderen Fällen wurden Angehörige der Nationalpolizei nicht bestraft, obwohl sie die Verantwortung für schwere Verletzungen eingestanden hatten. Dieses Vorgehen ermöglichte es, dass an Menschenrechtsverletzungen beteiligte Beamt_innen auf ihren Posten blieben und täglich weiter tätig waren und trug durch die vorherrschende Straffreiheit innerhalb der Institution zur Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen bei.

„Beamt_innen der Nationalpolizei unterdrückten die Proteste, indem sie unter Verstoß gegen internationale Standards zur Gewaltanwendung hochgefährliche, breitflächig verteilte Munition abfeuerten. Statt, wie es hätte sein sollen, diese Gummi- und Metallgeschosse bei Protesten zu verbieten, wurden diese Geschosse unkontrolliert und manchmal mit der Absicht, Protestierende zu verletzen, oder in dem Wissen, dass dies die wahrscheinliche Folge wäre, abgefeuert“, kommentiert Erika Guevara-Rosas.

„Allein im Monat Oktober 2019 setzten Angehörige der Nationalpolizei mehr als 104.000 Mal diese Munition ein. Die Missachtung der körperlichen Unversehrtheit der Demonstrierenden führte jeden Tag zu neuen Schwerverletzten, ungeachtet der Möglichkeit, dass ein solches Verhalten in vielen Fällen eine Straftat sein konnte. Die Tatsache, dass diese Munition keine Spuren an der Tatwaffe hinterlässt, hat der herrschenden Straffreiheit Vorschub geleistet.“

Regierungsverantwortung

Amnesty International ist der Ansicht, dass es zu dem Vorgehen der verantwortlichen Kommandeure der Nationalpolizei so nicht hätte kommen können, wenn die Regierung von Präsident Sebastián Piñera eine angemessene Kontrolle ausgeübt hätte. Die Regierung hat nur unzureichend versucht, diese Kontrolle auszuüben, und der Diskurs, mit dem die Vorgehensweise der Nationalpolizei unterstützt wurde, hat die Beibehaltung dieser Strategie begünstigt.